



Presseschau vom 20.10.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij hat am 19.10. Sanktionen gegen Personen erlassen, deren Aktivitäten auf die Organisation und Finanzierung von aggressiven militärischen Handlungen gegen die Republik gerichtet sind.

Die Sanktionen richten sich gegen die ukrainischen Geschäftsleute Igor Kolomojskij und Sergej Kurtschenko, den Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko und den Leiter seiner Administration Boris Loshkin.

Der Erlass verbietet den genannten Personen sowie den mit ihnen verbundenen Personen und Strukturen, in der Republik Immobilien und anderes Eigentum zu erwerben und in der LVR Bank- oder andere Finanzoperationen durchzuführen.

Das Dokument legt fest, dass alle Geschäfte, die von den genannten Personen und Strukturen durchgeführt werden, von der LVR nicht anerkannt werden und keine juristischen Folgen haben.

Alle Aktiva, die von natürlichen oder juristischen Personen in Verletzung der Bestimmungen des Dokuments erwirtschaftet werden, werden unter staatliche Verwaltung gestellt.

De.sputniknews.com: Ukrainische Airlines haben das Luftfahrtamt Russlands ersucht, im Winter Flüge nach Moskau und St. Petersburg zu genehmigen. Wie das Luftfahrtamt am Montag mitteilte, kam der Antrag von der Fluggesellschaft Atlasjet Ukraine, die zur türkischen Atlasglobal gehört.

„Ungeachtet dessen, dass die Einstellung des Flugverkehrs mit Russland von der ukrainischen Seite initiiert wurde, ersucht Atlasjet, im Winter Flüge auf den Linien Kiew-Moskau, Odessa-Moskau und Kiew-St. Petersburg zu genehmigen“, hieß es in der Mitteilung. Dabei berief sich die ukrainische Firma auf „langjährige Beziehungen zwischen Verwandten in der Ukraine und Russland sowie auf soziale und wirtschaftliche Kontakte zwischen beiden Ländern“.

Zeitgleich ersuchte auch die ukrainische Tochter der russischen Airline UTair, die Linien Kiew-Moskau und Lwow-Moskau für den Verkehr freizugeben.

Zuvor hatte das offizielle Kiew mitgeteilt, dass Flüge russischer Unternehmen in die Ukraine verboten sind und der Flugverkehr mit Russland zum 25. Oktober dieses Jahres komplett eingestellt wird. Darauf führte auch Russland ein Flugverbot für ukrainische Airlines nach Russland ein. Die ukrainische Seite bezeichnete diesen Schritt des russischen Luftfahrtamtes als „unbegründet“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30459/45/304594598.jpg>

Dan-news.info: In der Ortschaft Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk der DVR ist heute Abend eine Kirche abgebrannt, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Heute, gegen 18:30 Uhr kam die Information über einen Brand einer Kirche in Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk. Leider konnte der Brand nicht mehr rechtzeitig gelöscht werden, der Brandherd war zu groß“, sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums. Nach seinen Worten werden die Ursachen des Brandes derzeit ermittelt, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass das Feuer von einer Divisionsgruppe ukrainischer Soldaten gelegt wurde.

Das Ministerium fügte hinzu, dass vor Ort Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und des Zivilschutzministeriums der Republik arbeiten.

Die Ortschaft Krasnyj Partisan liegt in der Nähe der Kontaktlinie nördlich von Donezk. Während der aktiven Kämpfe wurde die Ortschaft mehrfach massiv von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Die Behörden des Bezirks stellten zahlreiche Zerstörungen und Beschädigungen an Wohnräumen fest.

News-front.info: Im polnischen Breslau wurde eine gemeinnützige Gesellschaft gegründet, die Daten über den Besitz polnischer Bürger in der Kresy (ehem. Ostpolen) sammelt.

Im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes fiel das Gebiet der Kresy von Polen an die Sowjetunion und befindet sich nun auf dem Territorium der Westukraine, Weißrusslands und Litauen.

«Die Datenerhebung läuft gut. Wenn das ukrainische Gerichtssystem die Anspruchskläger nicht befriedigt, werden wir Dokumente für den Europäischen Gerichtshof in Straßburg vorbereiten» teilte der Chef der gemeinnützigen Gesellschaft „Restitution der Kresy“, Konrad Kenkas, mit.

Seinen Worten nach sind mehrere polnische Abgeordnete im Europäischen Parlament bereit, in diese Richtung zu arbeiten. Es ist zu bemerken, dass das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU die Rechtsgrundlage, unter anderem auch für die Wiedergewinnung von Immobilien und Grundbesitz, der nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Territorium der Ukraine geblieben ist.

Es gibt auch Informationen, dass, nach der Rückkehr der Krim zu Russland, einige politische Kräfte in Ungarn und Rumänien Ansprüche an ukrainischen Boden erhoben haben.



[http://](http://news-front.info/wp-content/uploads/2015/10/10145858901.jpg)

news-front.info/wp-content/uploads/2015/10/10145858901.jpg

Vormittags:

Dan-news.info: Volkskontrolleure der DVR haben in zehn Tagen ihrer Arbeit insgesamt mehr als 450 Kontrollen zur Aufdeckung von spekulativen Preiserhöhungen und anderen Verstößen im Bereich des Handels durchgeführt. Darüber berichtete die Leiterin des Projekts „Volkskontrolle“, die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR von der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Jekaterina Martjanowa.

„Insgesamt haben wir vom 7. bis zum 16 Oktober 458 Kontrollen in allen Städten und Bezirken der Republik durchgeführt und 99 Protokolle erstellt“, sagte sie.

Nach den Worten Martjanowas werden unbegründete Preiserhöhungen hauptsächlich bei Waren wie Fleisch und Kartoffeln beobachtet, außerdem wurden in einigen Städten Waren mit abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatum verkauft.

Die Abgeordnete sagte auch, dass „bei der Durchführung von vorbeugenden Gesprächen

durch die Volkskontrolleure mit jedem Geschäft die Preise für Lebensmittel gesenkt wurden“. Wie Martjanowa unterstrich, wurden nach der Durchführung von Kontrollen durch die Volkskontrolle alle Daten und Protokolle an die Inspektion zur Preisbildung beim Ministerium für ökonomische Entwicklung der DVR übergeben, damit dieses im Falle weiterer Nichtbeachtung der Gesetzgebung, die die Handelstätigkeit regelt, Bußgelder verhängen kann.

„Derzeit arbeiten in jeder Stadt und Bezirk mindestens drei Volkskontrolleure. Insgesamt sind es in der Republik 119, aber wir werden mehr, es werden Komitees gebildet und wir werden uns ausweiten“, sagte die Leiterin des Projekts.

Dan-news.info: Die DVR hat mit dem Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm im Bereich Debalzewo begonnen, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit. „Bisher läuft der Abzug nach Plan. Wie es zuvor abgesprochen wurde, beginnen wir mit Debalzewo“, berichtete das Ministerium. Der Abzug erfolgt in Anwesenheit von OSZE und Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination.

Dan-news.info: Die Abteilungen der DVR, die sich in operativer Unterstellung der Volksmiliz der LVR befinden, haben heute aus Debalzewo 10 Panzer im Rahmen des heute Morgen beginnenden Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm zurückgezogen. Dies teilte heute eine Quelle mit, die über den Verlauf des Abzugs informiert ist. Der Abzug von Technik und Waffen erfolgt unter Anwesenheit von Vertretern der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination.

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat in der 13. Sitzung des Nationalrats für Reformen betont, der Abschluss der Implementierung des Aktionsplans zur Liberalisierung der visumfreien Regimes mit der Europäischen Union müsse beschleunigt werden.

Das entnimmt man der offiziellen Webseite des Staatschefs.

„Der Präsident erinnerte daran, dass das Außenministerium der Ukraine am 9. November den Europäern alle Informationen über die Umsetzung dieses Aktionsplans vorlegen soll, und rief die Regierung und das Parlament auf, die Handlungen für die Gewährleistung der Umsetzung der von der Ukraine übernommenen Verpflichtungen zu koordinieren“, steht in der Meldung.

Das Staatsoberhaupt hob die Bedeutung der Beendigung der Arbeit in den Bereichen hervor, wo es noch Rückstände bei der Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission gibt. Es handelt sich um den Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität, Fragen der Diskriminierung und Vornahme der notwendigen Änderungen im Arbeitsgesetzbuch.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben Spartak im Jasinowataja-Bezirk beschossen. Dieser Sachverhalt wurden nach einer Analyse der zusammenfassenden Informationen über die operative Lage in der Nacht aus den Bezirks- und Stadtverwaltungen der Republik bekannt.

„Die Lage ist im Ganzen normal, nur in Spartak wurde die ganze Nacht mit Maschinengewehren und automatischen Waffen geschossen, es wurde aus Richtung des Butowskaja-Bergwerks geschossen“, teilte die Verwaltung von Jasinowataja mit. Die Oberhäupter der Bezirke Nowoasowsk, Telmanowo, Amwrosiewskij und Starobeschewo der DVR stellten in dieser Nacht keine großen Verletzungen des Waffenstillstands durch die ukrainischen Streitkräfte fest. „Bei uns ist alles gut, ruhig, keine Beschüsse“, sagte der Leiter des Telmanowo-Bezirks Sergej Iwanow.

Auch in Gorlowka, Debalzewo, Makejewka, Jasinowataja und Dokutschajewsk verlief die Nacht ohne Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ durch den Gegner. „Wir haben ruhig geschlafen, keinerlei Vorkommnisse“ informierte der Bürgermeister von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow.

In der Hauptstadt der Republik gab es in der genannten Periode auch keine Beschüsse. „Bei uns ist alles hervorragend, vollständige Stille“, sagte der Leiter der Verwaltung des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Iwan Prichodko. Vergleichbare Informationen kamen auch von den Leitern der Bezirke Kiewskij, Petrowskij und Kirowskij der Stadt.

Dan-news.info: Der Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm durch die Abteilungen der DVR in südlicher Richtung wird im Nowoasowskij-Bezirk der Republik am Mittwoch, dem 21. Oktober, beginnen. Dies teilte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Morgen wird der Abzug von Panzern von der Kontaktlinie im Nowoasowskij-Bezirk beginnen“, sagte Basurin. Er fügte hinzu, dass die Kräfte der DVR, die sich in operativer Unterordnung zur Volksmiliz der LVR befinden, heute Panzer aus Debalzewo abziehen. Der Abzug der Technik und der Waffen wird in Anwesenheit von Vertretern der OSZE Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination stattfinden.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat die Aufgabe der Lieferung von Erdgas auf dem Territorium der Republik an den staatlichen Konzern „Donbassgas“ übertragen. Dies teilte heute der Pressedienst des Konzern mit.

„Die Lieferung von Erdgas an industrielle Verbraucher und natürliche Personen in der Rolle von Unternehmern erfolgt ausschließlich auf der Grundlage eines neuen Vertrags mit dem staatlichen Konzern „Donbassgas“. Der Vertrag muss bis zum 1. November 2015 abgeschlossen werden“, erklärte Donbassgas.

Gemäß eines Erlasses des Ministerrats der DVR vom 16. Oktober 2015 wurde mit dem Ziel einer stabilen Gasversorgung der Verbraucher der Republik die Funktion eines garantierten Lieferanten von Erdgas auf dem Territorium des Landes auf den staatlichen Konzern „Donbassgas“ übertragen. Dieser Erlass ist mit dem Zeitpunkt der Annahme in Kraft getreten.

De.sputniknews.com: Der Kameramann der russischen TV-Nachrichtenagentur Ruptly Jose Sequeira ist bei einer Demonstration der antiislamischen Pegida-Bewegung in Dresden verprügelt worden, wie der Pressedienst des TV-Senders mitteilt.

Eine Gruppe von Unbekannten soll ihn bei den Aufnahmen des Straßenzuges angegriffen haben. Die Täter schlugen ihm auf den Kopf und ins Gesicht, selbst als der Journalist bereits am Boden lag. „Ich habe versucht, mich zu schützen, bis die Polizei gekommen ist“, sagte er. Sequeira selbst sagte, er habe keine schweren Verletzungen erlitten, die Kameras wurden jedoch beschädigt. Die Polizei klärt zurzeit die Umstände des Geschehens.

Nach Schätzungen der Gruppe "Durchgezählt" hatten sich rund 15.000 bis 20.000 Pegida-Anhänger zum Jahrestag in der sächsischen Landeshauptstadt versammelt.

Auf die Demonstrationen am Montagabend war die sächsische Polizei nach den Worten von Innenminister Markus Ulbig (CDU) vorbereitet. „Wir sind mit mehr als 1000 Beamten im Einsatz, wir haben die Hilfe von sechs Bundesländern und der Bundespolizei“, sagte er vor den Kundgebungen. Ulbig zeigte sich erfreut über die vielen Gegendemonstranten. Die sächsische Staatsregierung hatte alle Demonstrationsteilnehmer zu Gewaltlosigkeit aufgerufen. Mehrere Mitglieder der Regierung beteiligten sich an den Gegenprotesten.



<http://cdn2.i>

mg.de.sputniknews.com/images/30505/55/305055509.jpg

De.sputniknews.com: Die USA sind über die Annäherung zwischen dem Irak und Russland beunruhigt, wie der Koordinator für das Zusammenwirken der USA mit anderen Ländern für den Kampf gegen den IS, John Allen, dem irakischen Premier Haider al-Abadi mitgeteilt hat. Dies berichtet die Zeitung „Asharq al-Awsat“ unter Berufung auf eigene Quellen.

„John Allen informierte Haider al-Abadi, dass Washington über die Allianz zwischen dem Irak und Russland beunruhigt sei. Er sagte buchstäblich Folgendes: ‘Der US-Präsident Barack Obama interessiert sich dafür, welche Rolle er im Anti-IS-Kampf spielt. Sollte der Irak den USA nicht dankbar sein?‘“, sagte die Quelle der arabischen Zeitung.

Der Quelle zufolge bat John Allen zudem den irakischen Premier, mit Russland nicht mehr zusammen zu arbeiten. Laut der Zeitung versicherte al-Abadi seinerseits, dass dies nicht geschehen wird und dass Bagdad sein Vorgehen, wenn nötig, mit Washington und der von den USA angeführten Koalition abstimmen wird.

Früher hatte al-Abadi jedoch erklärt, dass er mit der Unterstützung, die die Koalition mit den USA an der Spitze gegenüber der irakischen Armee im Anti-IS-Kampf leistet, unzufrieden sei. Dabei hatte er auch den Wunsch nach einer breit angelegten Koalition mit Russland und dem Iran geäußert.

Zuvor hatten Russland, der Iran, Irak und Syrien ein gemeinsames Informationszentrum in Bagdad eingerichtet, um ihren Kampf gegen den IS gemeinsam zu koordinieren. Zu den wichtigsten Funktionen des neuen Info-Zentrums gehören die Erfassung und Analyse von aktuellen Daten über die Lage in der Nahostregion im Kontext des Antiterrorkampfes sowie die Verteilung und Weiterleitung der Informationen an die Generalstäbe der beteiligten Staaten.

Die russische Luftwaffe fliegt seit dem 30. September auf Bitte der syrischen Regierung Angriffe gegen den "Islamischen Staat" und hat nach eigenen Angaben bereits mehr als 450 Objekte der Terroristen zerstört. Mit russischer Luftunterstützung hat die syrische Regierungsarmee in der vergangenen Woche eine Großoffensive begonnen und bereits weite Gebiete von den IS-Dschihadisten befreit.

Eine von den USA geführte Koalition fliegt seit August vergangenen Jahres nach eigener Darstellung Luftangriffe gegen IS-Stellungen in Syrien und im Irak. In Syrien bombardiert sie ohne Zustimmung der dortigen Regierung. Die Bombardements bleiben aber ohne Wirkung: In den vergangenen Monaten konnte der IS sogar expandieren.

Dan-news.info: Die Mütter von drei ukrainischen Soldaten, die nach Donezk gekommen sind, werden sich in nächster Zeit mit der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja

Morosowa treffen, um den Prozess des Austauschs ihrer Söhne zu beschleunigen. Dies teilte heute der Koordinator der Bevollmächtigten Dmitrij Popow mit.

„Derzeit befinden sich die Mütter der Soldaten auf dem Territorium der DVR. Sie wollen sich mit der Bevollmächtigten der Republik treffen, mit dem Ziel, das zukünftige Schicksal ihrer Kinder zu besprechen“, sagte Popow.

Nach seinen Worten haben die Mütter der Kriegsgefangenen die Untätigkeit von Seiten der ukrainischen Behörden nicht ertragen und sind gekommen um eine Verständigung von Seiten der DVR zu erreichen. „Herr Poroschenko hat es vorgezogen, eine Schweinefarm zu eröffnen, statt zu uns zu kommen, das ist seine Beziehung zu uns“, sagte einer der Mütter. „Wir sind als Mütter gekommen, damit wir angehört werden, um uns mit anderen Müttern um unser gemeinsames Leid zu kümmern“.

Popow sagte, dass die DVR zu jedem Kontakt bereit ist, darunter auch mit Eltern von ukrainischen Kriegsgefangenen, weil sie nicht daran interessiert ist, dass der Konflikt sich hinzieht.

Ukrinform.ua: Die Zentralwahlkommission der Ukraine hat 1554 internationale Beobachter für die Kommunalwahlen am 25. Oktober 2015 registriert.

Solche Entscheidung wurde in der Sitzung am Montag getroffen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Die Registrierung der Beobachter endete am 19. Oktober. Die meisten Beobachter sind vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte OSZE registriert - 684, von Enemo - 329, vom Ausschuss „Für offene Demokratie“ - 88, dem ukrainischen Kongress des Ausschusses von Amerika – 72 und vom Europarat - 55.

Darüber hinaus hat die Zentralwahlkommission Wahlbeobachter aus Dänemark (33), Ungarn (27), Deutschland (12), Litauen, den USA und Großbritannien (7), Tschechien, Frankreich (7), der Slowakei (6), Japan und Estland (5), Kanada (4), Polen und Österreich (2) registriert.

Dan-news.info: Der Wiederaufbau des Wohnungsbestands von Debalzewo nach den Kämpfen im Winter 2015 wird innerhalb von acht Monaten möglich sein. Diese Auffassung vertrat der kommissarische Leiter der Stadtverwaltung Alexej Granowskij.

„Für eine völlige Wiederherstellung der Stadt nach den Winterkämpfen sind sieben bis acht Monate nötig. Wir reden vom Wiederaufbau der mehrstöckigen Häuser“, erklärte er. Nach den Worten Granowskij ist die Stadt derzeit über die humanitäre Hilfe mit Lebensmitteln versorgt. Für die Durchführung der Wiederaufbauarbeiten reichen Technik und Arbeitskräfte nicht aus. Zum Beispiel haben bei den Maßnahmen zur Vorbereitung von Debalzewo für die Heizsaison etwa 80 Brigaden gearbeitet. „Aber selbst diese Zahl ist unzureichend. Diese Stadt ist groß, zieht sich weit hin“, fügte der Bürgermeister hinzu.

De.sputniknews.com: Südossetiens Republikchef Leonid Tibilow beabsichtigt, ein Referendum zum Beitritt der Republik zu Russland zu initiieren, heißt es aus dem Pressedienst des Staatschefs.

„Die aktuelle politische Realität verlangt von uns, die historische Wahl zu treffen, uns mit dem brüderlichem Russland wiederzuvereinigen. Somit werden wir unserer Republik und unserem Volk für Jahrzehnte hinweg Sicherheit und Prosperität sichern“, sagte Tibilow beim Treffen mit dem russischen Präsidentenberater Wladislaw Surkow in Zchinwali.

Der Republikchef unterstrich, dass alle Schritte zur Realisierung der Ergebnisse des Referendums nur nach Absprache mit der russischen Seite unternommen werden.

„Ich will breite Bevölkerungsschichten zur Veranstaltung des Referendums heranziehen. Ich werde mich an die Führer politischer Parteien sowie Nichtregierungsorganisationen wenden. Ich bin mir sicher, dass mich politische Parteien und die Öffentlichkeit unterstützen werden. Ein Referendum, an dessen positivem Ergebnis ich keinen Zweifel habe, wird die

Vereinigung unserer Völker ermöglichen, sowie zur Erneuerung und Wiederbelebung aller positiven Prozessen in der Gesellschaft führen“, äußerte Tibilow weiter.

In der Nacht zum 8. August 2008 hatten die georgischen Truppen die abtrünnige Provinz Südossetien angegriffen und einen Teil der Hauptstadt Zchinwal zerstört. Zum Schutz der Bürger, von denen viele auch russische Pässe hatten, musste Russland zur Befriedung Georgiens eigene Truppen in die Region verlegen.

Abchasien, welches die Jurisdiktion von Tiflis ebenso nicht anerkannte, verdrängte die georgischen Truppen mittlerweile aus dem Kodori-Flußtal. Am 26. August erkannte Moskau die Souveränität der beiden Republiken an und nahm später die diplomatischen Beziehungen zu ihnen auf.

Nachmittags:

Dan-news.info: Mitteilungen des Oberhauptes des DVR Alexandr Sachartschenko gegenüber Journalisten (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Milizen der DVR ziehen heute Artillerie und Granatwerfer eines Kalibers unter 100mm an einigen Abschnitten der Kontaktlinie ins Hinterland zurück, sagte Sachartschenko auf die Frage eines Journalisten.

„Heute werden an einigen Teilstücken Artillerie und Granatwerfer zurückgezogen. Wir gehen nach dem Plan vor, alles was bis zum Ende des heute Tages geplant ist, wird durchgeführt“, sagte Sachartschenko.

Das Oberhaupt der DVR unterstrich, dass ein vollwertiger Abzug von Panzern und Waffen eines Kalibers unter 100mm morgen, am 21. Oktober erfolgt.

Die Einführung von persönlichen Sanktionen gegen eine Reihe bedeutender ukrainischer Geschäftsleute und den Präsidenten Petr Poroschenko gibt den Oligarchen keine Möglichkeit nach Eintritt des Friedens in die DVR zurückzukehren.

„Seit Beginn der Kämpfe ist unsere Oligarchie auf natürlichem Weg verschwunden, jetzt versuchen sie zurückzukehren, damit dies nicht geschieht, wurde der Erlass ausgegeben“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Nach den Worten Sachartschenkos fügten die Menschen, die auf der Sanktionsliste sind „mit ihren Aktivitäten dem Staat und dem Volk der Republik Schaden zu“.

„Grundsätzliches Postulat unseres Staats ist der Kampf gegen die Oligarchie, damit Geschäftsleben und Staat sich nicht vermischen. Damit begann der Maidan – Kampf gegen die Korruption und die Oligarchie. Leider wurde das ukrainische Volk betrogen, aber wir tun auf unserem Territorium das Notwendige, dass die Oligarchie niemals zurückkehrt“, unterstrich Sachartschenko.

„Im November werden wir die Entgelte für die öffentlichen Beschäftigten erhöhen, etwa um 15 Prozent, in einigen Bereichen wird es mehr sein. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen für die Erhöhung des Umfangs der Arbeitsentgelte im Gesundheits- und Bildungswesen in Form von Zuschlägen und Prämien ausgearbeitet“, sagte Sachartschenko. Nach seinen Worten werden die Beschäftigten dieser Bereiche im November ein ordentliches Arbeitsentgelt erhalten.

„Die Möglichkeit der Anhebung der Arbeitsentgelte ist auch mit der Verschiebung der Wahlen verbunden, weil die Wahlen selbst eine sehr ausgabenintensive Maßnahmen sind. Diese Wahlen müssen wir zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durchführen, deshalb konnten wir dank der Ukraine (die auf die Verschiebung gedrängt hatte, A.d.Ü.) die Erhöhung der Entgelte realisieren.

Dnr-online.ru: Auf dem Territorium der RF befinden sich derzeit viele ukrainische Journalisten, die aufgrund von Verfolgungen aus Kiew fliehen mussten, da sie nicht mit der

Politik der Kiewer Regierung übereinstimmen. In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR kommentierte die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa die Situation mit der Freiheit des Wortes in der Ukraine.

„Von welcher Freiheit des Wortes können wir überhaupt reden!? Wenn am 11. Mai 2014 die Menschen zum Referendum gingen und ihre Meinung gesagt haben und dann innerhalb von 15 Tagen die Stadt mit Geschossen überhäuft wurde. Es gibt in der Ukraine keinerlei Freiheit des Wortes und es wird sie nicht geben.

Ich schlage den Ukrainern vor nachzudenken und zu experimentieren. Das heißt auf einen Platz zu gehen und einfach die Kinder und Menschen zu bedauern, die im Donbass leben und die die ukrainischen Truppen bombardieren. Ich denke, dass sie in sehr kurzer Zeit auf den Listen für den Austausch landen werden“, sagte Darja Morosowa.

De.sputniknews.com: Präsident Wladimir Putin fordert ein verstärktes Vorgehen gegen die Drogenschmuggler.

„Russland stößt auf eine aktive, externe "Drogenaggression“, sagte Putin am Dienstag bei einem Treffen mit hohen Offizieren im Kreml. „Man bringt zu uns nicht nur traditionelle, sondern auch neue chemische Drogen.“ Putin rief die Drogenkontrollbehörde dazu auf, gegen die Bedrohung aktiver vorzugehen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30506/51/305065199.jpg>

Lug-info.com: Das auf dem von Kiew kontrollierten Territorium liegende Petrowskij-Wasserwerk, das am 16. Oktober die Lieferung von Wasser in die Hauptstadt der Republik aufgrund einer Störung in den Leitungen eingestellt hat, liefert immer noch keinen Liter Wasser. Dies teilte heute während eines Besuchs von Heizwerken im südlichen Teil der Stadt der Leiter der Stadtverwaltung von Lugansk Manolis Pilawow mit:

„Leider, Petrowka hatte versprochen schon gestern, am 19. Oktober, Wasser zu liefern. Heute ist schon der 20. und Petrowka hat keinen einzigen Liter geliefert“, sagte er.

„Aus eigenen Quellen kommen 105.000 Kubikmeter in die Stadt. Aber uns fehlen heute 20.000-25.000 Kubikmeter pro Tag, um die Bevölkerung nach den Zeitplänen versorgen zu können und die Heizleitungen füllen zu können.

Das Defizit an Wasser und der Verschleiß des Netzes verhindern die Funktion der Heizung in den mehrstöckigen Häusern der Hauptstadt der Republik, erklärte Pilawow.

„Heute gibt es ein großes Problem in der Stadt – das Fehlen der nötigen Wassermenge, weswegen wir die Heizung nicht in allen Häusern in Betrieb nehmen können. Der Prozess behindert auch die Ausgabe von Wasser nach den Zeitplänen“, sagte er.

„Etwa 200 mehrstöckige Häuser verschiedener Eigentumsform sind derzeit ohne Heizung, davon können 70 nicht an die Heizung angeschlossen werden aufgrund von Unterbrechungen im Heizungsnetz in der Folge von Verschleiß“, sagte der Leiter der Stadtverwaltung.

Nach seinen Worten tun die kommunalen Arbeiter alles ihnen mögliche, um die Heizungen in Gang zu bekommen.

„Sobald es die Pläne von „Luganskwoj“ erlauben die Systeme aufzufüllen, werden sie sofort Schichten übernehmen, auch eine zweite oder dritte. Etwa 35 Brigaden der kommunalen Dienste werden operativ Rohrbrüche beseitigen. Das ist mehr als letztes Jahr, aber es gibt ein Defizit an Material“, sagte Pilawow.

De.sputniknews.com: Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat seit Jahresbeginn 20 Verbrechen mit terroristischem Hintergrund im Land vereitelt, wie Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag bei einem Treffen mit hohen Offizieren im Kreml mitteilte. Bei Sonderoperationen wurden laut Putin 112 Bandenmitglieder, darunter 26 Anführer, vernichtet und mehr als 560 Mitglieder illegal bewaffneter bandenähnlicher Gruppierungen festgenommen.

„Man muss auch weiterhin ebenso tatkräftig und effektiv handeln“, unterstrich Putin.

Putin rief den FSB auf, Beziehungen russischer Extremisten zu internationalen Terroristen und „ihren Beschützern“ aufzudecken.

Der Staatschef dankte den FSB-Beamten für die verhinderten Terroranschläge auf russischem Territorium.

Vor dem Hintergrund einer unstabilen internationalen Lage gewinne der Kampf gegen den Terrorismus innerhalb Russlands immer mehr an Bedeutung.

Ukrinform.ua: Ein Soldat wurde getötet und ein verwundet durch die Explosion eines Sprengsatzes am Montag im Dorf Nowotroizke des Gebiets von Donezk, erklärte auf dem Briefing in Kiew der Sprecher der Präsidentschaft für ATO, Oberst Oleksandr Motusjanyk, berichtet ein Ukrinform-Reporter.

Er bemerkte, dass das Dorf Nowotroizke das allerletzte ist, das von der Ukraine auf der Autobahn Mariupol-Donezk kontrolliert wird: „Es liegt an der Grenze der Trennlinie, bis zum benachbarten Dokutschawe sind nur 4 km und da ist schon der Feind“.

Dnr-online.ru: Der Landwirtschaftsminister der DVR Maxim Sawenko hat in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR über die Notwendigkeit des Erhalts des als Biosphäre besonders geschützten Territoriums Chomutowskaja-Steppe -Meotida berichtet.

„Heute fand ein Treffen von Menschen statt, denen die Probleme der Ökologie in unserer Republik nicht fremd sind. Neben den großen Naturschutzgebieten existieren in der DVR noch etwa 40 kleine Objekte, die unter Schutz stehen. Und alle Teilnehmer des Treffens sahen die Notwendigkeit des Erhalts des Erbens unseres Staates für zukünftige Generationen und bemerkten auch, dass diese Idee all unseren Einwohnern nahe gebracht werden muss. Was das Biosphärennaturschutzgebiet „Chomutowskaja-Steppe – Meotida“ betrifft, denke ich, dass es ein Naturschutzgebiet republikweiter Bedeutung werden muss“, sagte der Landwirtschaftsminister der DVR.

Außerdem berichtete Maxim Sawenko über die Perspektiven der Entwicklung des einzigartigen Naturschutzgebiets der DVR. „Im nächsten Jahr wird das Naturschutzgebiet „Chomutowskaja-Steppe 90 Jahre alt“ und das ist ein äußerst bedeutsames Ereignis nicht nur für die DVR, sondern auch für die befreundeten Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Zu diesem Datum bemühen wir uns, so viele Wissenschaftler und Spezialisten zu Flora und Fauna wie möglich zusammen zu bringen, um zu zeigen, dass wir nicht nur unsere Heimat verteidigen, sondern uns auch um ihre Natur kümmern“, sagte er.

De.sputniknews.com: Am 25. Oktober gehen die Ukrainer bereits zum dritten Mal in den letzten anderthalb Jahren in die Wahllokale. Bei den Lokalwahlen wird nach dem Proporzsystem der Mehrmandatswahlkreise abgestimmt, schreibt die "Nowyje Iswestija" am Dienstag.

Die Gesetzgeber in der Ukraine bezeichnen dies als "System mit offenen Listen". Allerdings dürfen die Wähler nicht zwischen gleich mehreren Kandidaten aus einer Partei wählen. Der Wahlkampf in der Ukraine mit Bestechungen, Stimmenkauf und PR-Kampagnen gilt als der schmutzigste in der Geschichte des Landes.

Die Erklärungen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, den Stimmenkauf unter hohe Strafen zu stellen und vermeintlich kriminelle Kandidaten von der Wahl auszuschließen, blieben nur Lippenbekenntnisse. Der Vorsitzende des ukrainischen „Komitees der Wähler“, Alexej Koschel, sagte, die Parteien agieren "wie sowjetische Hausverwaltungen".

Im Unterschied zur Wahl 2010 greift die Regierung nicht auf die Polizei und die Geheimdienste zurück, um die nötigen Wahlergebnisse zu erreichen. Dennoch nutzen amtierende Politiker in den Regionen ihre Macht aus, um im Wahlkampf ihre Konkurrenten auszustechen. In Kiew, Odessa, Charkow und Dnepropetrowsk finanzieren die Amtsinhaber ihre Wahlkampagnen praktisch aus dem lokalen Haushalt. Außerdem dauerte die Wahlkampagne nur drei Wochen, so dass die Wähler keine klare Vorstellung von den Kandidaten und den Parteien bekommen. Sie kennen lediglich die Wahlmottos der Parteien. Zudem gibt es weitere Kritik: Der endgültige Beschluss über die Verfassungsreform zur Dezentralisierung in der Ukraine wird nach der Wahl gefällt. Poroschenko-Kritiker sagen, ohne Reformen sei die Wahl sinnlos – der Staatschef wolle lediglich seine politische Machtstellung ausbauen, was angesichts der aktuellen Lage in der Ukraine unzulässig sei. Die lokalen Behörden wurden nicht neu besetzt, was der politischen und gesellschaftlichen Lage von 2010 entspricht. Wahl-Aktivisten fordern neue Gesichter in den lokalen Behörden. Es besteht auch die Gefahr, dass Vertreter der mächtigen "Freiwilligen-Bewegung", Aktivisten und Veteranen des so genannten "Anti-Terror-Einsatzes" in der Ostukraine ihre eigenen Strukturen bilden, um die lokalen Behörden zu kontrollieren.



[tp://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30506/75/305067555.jpg](http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30506/75/305067555.jpg)

Dnr-online.ru/Dan-news.info:: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR ist in den letzten 24 Stunden angespannt geblieben.

„Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben achtmal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der Ortschaft Peski und dem Lüftungsschacht des Butowskaja-Berger wurde von den Positionen der 93. separaten mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Oberst Wladislaw Klotschkow mit Granatwerfern Spartak und der Flughafen von Gorlowka beschossen. Der Beschuss erfolgte mit 82mm Granatwerfern. Insgesamt wurden 14 Granatgeschosse abgeschossen. Von den ukrainischen Positionen im Bereich von Bachmutowka wurde mit Schusswaffen und Granatwerfern Sajzewo beschossen. Ich möchte anmerken, dass vor dem Hintergrund der unterzeichneten Vereinbarungen über den Abzug schwerer Waffen eines Kalibers unter 100mm unsere Aufklärung eine Konzentration von Panzern an der Kontaktlinie feststellt. So wurde in Nowoselowka-Wtoraja, 8 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 5 Panzern bemerkt. In Andrejewka, 17 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von sechs Panzern festgestellt. Auf diese Weise senkt das ukrainische militärische Kommando zielgerichtet die Intensität der Beschüsse nicht, sie nutzt Granatwerfer und Schusswaffen und versucht die Streitkräfte der DVR zu einer Erwidern zu provozieren, zieht auch weiterhin schwere Waffen an der Kontaktlinie zusammen und verletzt so die Minsker Vereinbarungen“, teilte Eduard Basurin mit. Die ukrainischen Truppen haben einen Angriffsversuch auf die Positionen der DVR im Bereich des Volvo-Zentrums bei Donezk unternommen.

„Heute gegen 11:40 Uhr hat eine Gruppe ukrainischer Soldaten einen Angriffsversuch auf unsere Positionen unternommen. Der Angriff des Gegners wurde abgewehrt“.

Nach seinen Worten gibt es Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

„Die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum hat die Tatsache bestätigt, dass ein solcher Vorfall stattfand und Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte zum Angriff übergingen. Dabei haben die ukrainischen Truppen nach unseren Beobachtungen sich nicht adäquat verhalten, sie waren betrunken“, unterstrich der Vertreter des Verteidigungsministeriums. „Es gibt nach meiner Meinung zwei Ursachen für den Angriff: der Unwille die Kämpfe einzustellen und Alkohol“.

Dieser Angriff wirkt sich nicht auf den Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm aus.

„Nein, im Moment, wirkt sich das noch nicht aus“, sagte Basurin auf die Frage eines Journalisten.

Das Kommando der DVR plant am 21. Oktober im Nowoasowskij-Bezirk neun Panzer von der Kontaktlinie abzuziehen. „Soweit mir bekannt ist, ist geplant neun Panzer von der Kontaktlinie im Nowoasowskij-Bezirk abzuziehen“.

De.sputniknews.com: An der Grenze der Ukraine zur Krim haben Unbekannte zwei Masten einer Hochspannungsleitung gesprengt, die Strom auf die Halbinsel Krim bringt.

Laut der ukrainischen Zivilschutzbehörde wurde die Stromzufuhr nicht unterbrochen. Die beiden Masten seien zwar beschädigt worden, jedoch nicht umgefallen. Der Strom fließe weiterhin, müsse jedoch für die Zeit der Reparatur abgeschaltet werden, hieß es.

Nach vorläufigen Angaben wurden die Strommasten durch Explosionen von Mörsergranaten beschädigt. Am Vorfallsort sei ein Expertenteam tätig, hieß es.

Wie der Vizepremier der Republik Krim, Dmitri Polonski, gegenüber Sputnik sagte, werden die Städte und Orte der Krim weiterhin plangemäß mit Strom versorgt.

Polonski bezeichnete den Sprengstoffanschlag auf die Strommasten als offensichtliche Barbarei und Aggression. In der Ukraine herrsche ein völlig unkontrolliertes Chaos, so der Vizepremier. „Wir sehen, dass Banden sich alles leisten können, was sie nur wollen. Das Sicherheitssystem funktioniert nicht, es gibt keine Sicherheitsstrukturen und keine Armee“, so Polonski. Ihm zufolge lebt das Land nach dem Prinzip: Wer eine MPi hat, hat auch Recht. Die Krim ist zu 70 Prozent auf ukrainische Stromlieferungen angewiesen. Laut Hochrechnungen des russischen Energieministeriums braucht die Region täglich zusätzlich rund 880 Megawatt Elektroenergie. Bis Ende 2015 soll der erste Bauabschnitt einer Energiebrücke in Betrieb genommen werden, der täglich bis zu 400 Megawatt Strom vom russischen Festland auf die Krim bringen soll.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-10/1445327774_igoionvts4g.jpg

Dnr-online.ru: Die Kiewer Regierung lebt wie in einer parallelen, virtuellen Realität. Dies erklärte das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko als Kommentar zu Erklärung der ukrainischen Seite über die Bedingungen für die Durchführung von Wahlen im Donbass. „Die Ukraine selbst wird unter ihrer Führung eine virtuelle Realität. Dies betrifft auch den letzten Auftritt von Jazenjuk über die Wahlen in unseren Republiken. Über welche russischen Truppen spricht er? Und wie stellt er sich die Teilnahme der Parteien an den Wahlen vor, die die politische Deckung der Strafoperation im Donbass waren und faktisch dem Genozid an unserem Volk zugestimmt haben?

All diese Aussagen bestätigen nur, dass die Kiewer Regierenden sich absolut nicht vorstellen, wie hier die Menschen leben, wie bei uns das Leben aufgebaut ist. Da sitzen diese Jazenjuks und ihnen Ähnliche und verkünden ihre Schnapsideen von der Tribüne. Sie wissen nicht nur nicht, was hier geschieht, sie wollen es auch nicht wissen. Und das charakterisiert die Unfähigkeit Kiews zum Dialog. Sie sind nur bereit einen Dialog mit sich selbst zu führen, und auch das nicht immer. Aber nicht mit dem Volk des Donbass. Obwohl, unter all diesen „Schnapsideen“ ist ein vernünftiger Gedanke versteckt: Selbst in der virtuellen Realität ist Jazenuk gezwungen anzuerkennen, dass für die Wahlen im Donbass ein besonderes Gesetz notwendig ist. Nun wir werden sehen, wie sie es annehmen werden, mit uns abgestimmt“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Dan-news.info: Pressekonferenz des Leiters der Administration des Republikoberhauptes Maxim Leschtschenko

Auf dem Territorium der DVR funktionieren fast alle Heizwerke.

„Die Heizsaison in der Republik hat nach Plan begonnen. Derzeit sind 103 Heizwerke von 107 in Betrieb, das sind 95 Prozent“, sagte er.

Leschtschenko fügte hinzu, dass heute in 95% der Wohnhäuser der DVR Heizung ist, 520 Schulen werden beheizt. „Dies sind 92% von der gesamten Zahl der Schulen in der Republik“, sagte der Leiter der Administration.

493 von 514 Kindergärten werden beheizt, was 96 Prozent aller Vorschuleinrichtungen der Republik ausmacht.

Die Regierung der DVR hat für den Bau von 111 durch die Kämpfe zerstörten privaten Häusern 150 Mio. Rubel zur Verfügung gestellt. Der Wiederaufbau von Häusern des privaten Sektors geht in Ilowajsk, Schachtjorsk, Surgres, Debalzewo und Ugegorsk weiter.

„Zum Stand vom 19. Oktober wurden 93 Mehrparteienhäuser wiederaufgebaut, insgesamt beträgt die Zahl der Mehrparteienhäuser, die in die zweite Wiederaufbauetappe eingeschlossen sind, 1189 Häuser“ sagte Leschtschenko.

De.sputniknews.com: Der Chef der Radikalen Partei, Oleg Ljaschko, hat in Kiew den Beginn einer Dauerkundgebung gegen die hohen Energie- und Kommunalkosten angekündigt. Es werden bis zu 2.000 Demonstranten erwartet, berichtet der Fernsehsender „112 Ukraina“. Zuvor habe die Radikale Partei eine Sondersitzung des Parlamentes initiiert, bei der die ukrainischen Behörden aufgefordert worden seien, eine Tarifsenkung durchzuführen. Diese Forderung werde jedoch ignoriert, und deshalb werde nun diese Dauerdemonstration abgehalten, sagte Ljaschko zu Journalisten.

„Ich wende mich an alle ukrainischen Bürger: Kommt zur Regierung. Wir werden unsere Wache halten und werden solange hier bleiben, bis die Tarife gesenkt werden. Wir beginnen den kommunalen Maidan“, betonte er.

Des Weiteren fordern die Anhänger der Radikalen Partei, dass für die Haushaltsenergie nur ukrainisches Gas genutzt wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt haben sich vor dem Regierungsgebäude in Kiew einige Dutzend Demonstranten versammelt, einige bauen bereits Zelte auf, berichten RIA Novosti-Korrespondenten vor Ort.



<http://cdn2.img.de.sputn>

iknews.com/images/30507/27/305072757.jpg

Abends:

Ukrinform.ua: Die Sanktionen gegen Russland muss man beibehalten, bis die territoriale Integrität der Ukraine komplett wiederhergestellt ist.

Das sagte im Interview mit dem Ukrinform-Reporter der Botschafter der Ukraine in Polen, Andrij Deschtschyzja.

„Die Sanktionen muss man sogar ohne Berücksichtigung der Abkommen von Minsk beibehalten, bis die territoriale Integrität der Ukraine vollständig wiederhergestellt ist. Solange die Krim der Ukraine nicht zurückgegeben wird, darf man die Sanktionen nicht aufheben“, betonte Deschtschyzja.

Er sagte weiter, dass die Aufhebung der Sanktionen seitens der EU und des Westens im Allgemeinen bedeuten könnte, dass sie mit der Besetzung, der unrechtmäßigen Veränderung der international anerkannten Grenzen einverstanden sind, obwohl das anfangs von der internationalen Gemeinschaft nicht wahrgenommen wurde.

Der Diplomat meint, man müsse auf zwei Varianten vorbereitet sein: Erfüllung und Nicht-Erfüllung der Abkommen von Minsk, und dementsprechend solle man sich auf verschiedene Szenarien des Vorgehens vorbereiten, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Rahmens des „Normandie-Formats“.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR
Eduard Basurin

„Die Dringlichkeit unseres Treffens ist durch die entstandene außerordentliche Situation im Bereich des „Volvo“-Zentrums der Stadt Donezk bedingt. Heute um 11:45 Uhr haben Abteilungen der ukrainischen Armee aus dem Gebiet von Peski das „Volvo-Zentrum“ mit automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Sie haben einen Angriff auf Positionen unserer Truppen unternommen. Es entstand ein Kampf, der mehr als anderthalb Stunden dauerte. Die Attacke des Gegners wurde abgeschlagen. Im Ergebnis der ukrainischen Provokation wurde ein Soldat der Milizen getötet, ein weiterer schwer verletzt, die Verluste beim Gegner betragen 5 Personen. Die Verletzung Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Armee wurde von Vertretern der OSZE-Mission festgestellt, die eine Beobachtungsfahrt in dieses Gebiet unternahmen.

Die Führung der DVR ist der Auffassung, dass diese Provokation eine Folge der Straflosigkeit der Handlungen der ukrainischen Soldaten am 10. Oktober dieses Jahres sind, als mit 120mm Granatwerfern Weseloje und der Kiewskij-Bezirk der Stadt Donezk beschossen wurden. Und auch der Nichteinmischung der OSZE-Mission, die sich geweigert hatte, diese bewaffnete Provokation von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu untersuchen. Ich erinnere daran, dass damals als Folge des ukrainischen Beschusses ein Soldat der Armee der DVR getötet wurde und zwei schwer verletzt wurden. Außerdem brannte ein neunstöckiges Haus ab. Zur Untersuchung dieser Verletzung wurde von uns die Durchführung eines Treffens der vierseitigen Arbeitsgruppe unter Teilnahme von Vertretern Russlands und der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und Vertretern der OSZE-Mission initiiert. Aber Kiew hat damals die Untersuchung blockiert. Dabei hat der Leiter der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination General Kremenezkij zu den Ereignissen des 10. Oktober erklärt, dass es keinerlei Beschuss gegeben habe und von uns unzutreffende Informationen geliefert würden. Man möchte den genannten ukrainischen General einladen, das Grab des getöteten Milizangehörigen zu besuchen und mit seinen Verwandten und Freunden zu sprechen und ihm auch vorschlagen, persönlich das Wohnhaus wiederaufzubauen, dass in der Folge dieses Beschusses abbrannte. Vielleicht glaubt er dann an die Zuverlässigkeit der von uns zur Verfügung gestellten Informationen.

Die DVR fordert das Regime Poroschenko auf, seine provokativen Aktivitäten zu beenden und streng die übernommenen Friedensvereinbarungen zu erfüllen. Wir fordern von der Führung der OSZE eine objektive Untersuchung des Vorfalles vorzunehmen und Druck auf die Kiewer Führung auszuüben, mit dem Ziel sie zu zwingen, die Minsker Friedensvereinbarungen zu erfüllen“, erklärte Eduard Basurin.